

Notizen

Eine Fortschreibung ihres Hirtenwortes „Gerechtigkeit schafft Frieden“ von 1983 plant die Deutsche Bischofskonferenz. Das neue Wort mit dem Titel „Das Friedensproblem an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend“ soll den friedens- und sicherheitspolitischen Veränderungen seit den 80er Jahren Rechnung tragen. In den Entstehungsprozeß des Textes einfließen sollen die Ergebnisse einer interdisziplinär besetzten Fachkonferenz Ende März, die unter der Leitung des Vorsitzenden der Kommission für weltkirchliche Aufgaben, des Rottenburg-Stuttgarter Bischofs Walter Kasper, stand. Schwerpunkte bei dieser Konferenz waren die Konfliktpotentiale internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die Ambivalenz moderner Technologien, die Frage des Umgangs mit belasteter Vergangenheit sowie verschiedene Konzepte international-kooperativer Friedenssicherung.

Um zu einer praktischen Umsetzung des Gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen beizutragen, hat sich ein Jahr nach dessen Veröffentlichung und angeregt durch das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln ein „Initiativkreis für Solidarität und Gerechtigkeit“ gebildet. Zu dessen Initiatoren zählen der Katholische Deutsche Frauenbund, das Kolpingwerk, der Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, der Bund Katholischer Unternehmer sowie der Familienbund der deutschen Katholiken. In einer Ausschreibung, die an Politiker, Medienvertreter und Vertreter einschlägig interessierter gesellschaftlicher Gruppierungen und Organisationen ging, heißt es, man wolle die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche auf die Ziele Solidarität und Gerechtigkeit verpflichten.

Der Erzbischof von Berlin, Kardinal Georg Sterzinsky, hat den 1993 gegründeten internationalen Priesterseminarkurs „Redemptoris Mater“ in ein „auf Dauer angelegtes Seminar“ umgewandelt. Damit hat das Erzbistum Berlin zusätzlich zu seinem Priesterseminar „Sankt Petrus“ eine zweite Ausbildungsstätte für Priesteramtskandidaten. Geführt wird sie von den „Geistlichen Gemeinschaften des neokatechumenalen Weges“. Beim Berliner „Redemptoris Mater“-Seminar handelt es sich

um die erste Einrichtung dieser Art in Deutschland. Nach Angaben seines Rektors Silvano Latini bestehen weltweit 35 derartige Einrichtungen. Die Ausbildung in dem neuen Seminar findet in Kooperation mit der Päpstlichen Universität Gregoriana statt. Vor fünf Jahren war der Plan, ein Priesterseminar dieses Typs zu errichten, auf Widerstände gestoßen und zunächst zugunsten eines bloßen Seminars fallengelassen worden (vgl. HK, Mai 1993, 221 f.)

Die katholische Kirche in Belgien hat die neuesten Zahlen zum kirchlichen Leben vorgelegt, die 1996 erhoben wurden. Demnach wurden 1996 in Belgien 68 Prozent aller Neugeborenen getauft; 76 Prozent im flämischen, 67 Prozent im wallonischen Landesteil und 27,5 Prozent in Brüssel. Kirchlich getraut wurde im Landesdurchschnitt ziemlich genau die Hälfte der Eheschließenden, wobei die Werte für Wallonien und Flandern hier fast gleich waren. In Brüssel kamen dagegen auf hundert Eheschließungen nur 23 kirchliche Trauungen. Die Besucher der Sonntagsgottesdienste wurden 1996 nicht gezählt. Bei der letzten Zählung im Jahr 1995 erfüllten 13 Prozent der Katholiken ihre Sonntagspflicht (Flandern 15, Wallonien 11 und Brüssel 7,4 Prozent). Die weitaus höchsten Prozentsätze sowohl bei Taufen wie bei Eheschließungen und dem Besuch des Sonntagsgottesdienstes wurden im deutschsprachigen Teil Belgiens registriert.

Die Kommission der Französischen Bischofskonferenz für Einwanderungsfragen (Vorsitzender: der Bischof von Versailles, Jean-Charles Thomas) hat die Anliegen von Kirchenbesetzern verteidigt. Eine am 7. April veröffentlichte Erklärung unter dem Titel „Ich habe das Elend meines Volkes gesehen“ erläutert die Rolle von Kirchen zur Aufnahme von Einwanderern ohne Aufenthaltsstatus. Wenn die Türen der staatlichen Verwaltung sich schlossen, seien die Kirchen oftmals der letzte Ausweg. Die Bischöfe fordern die Regierung auf, die Lage von Ausländern ohne Aufenthaltsstatus zu bereinigen. Dies sei keine Frage von „Großzügigkeit“, sondern von „Realismus“. Die Bischöfe setzten sich vor allem für jene Einwanderer ein, denen im Fall einer erzwungenen Rückkehr in ihren Heimatländern Gefahren für

Leib und Leben drohen. Innenminister Jean-Pierre Chevènement kritisierte unterdessen die Haltung der katholischen Kirche scharf. Wegen ihrer ausländerfreundlichen Haltung schob er ihnen sogar Mitschuld am wachsenden Rechtsextremismus zu. In Frankreich werden gegenwärtig zwei Kathedralen und drei Pfarrkirchen von Ausländern besetzt gehalten.

Zum neuen lutherischen Bischof von Oslo wurde Ende März Gunnar Staalsett ernannt. Der Nachfolger von Andreas Aarflot, der im Juli nach 21 Jahren aus dem Amt scheidet, war von 1985 bis 1994 Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes. In einer ersten Abstimmungsrunde waren Gemeinderäte, Pastoren und Religionslehrer zur Wahl unter fünf Kandidaten aufgeführt. Danach haben die Bischöfe Norwegens sowie der Nationale Kirchenrat ihre Empfehlung an die Regierung weitergegeben, die zusammen mit dem König die Ernennung vornahm. Der Bischof von Oslo ist als Primus inter pares Vorsitzender der norwegischen Bischofskonferenz. Nach den neuesten statistischen Angaben des Lutherischen Weltbundes hat die Norwegische Kirche 3,8 Millionen Mitglieder.

Berichtigung:

In unserem Aprilheft ist auf Seite 183, rechte Spalte, durch ein technisches Versehen leider die letzte Zeile des Interviews mit Professor Albin Eser weggefallen. Der letzte Satz des Interviews lautet vollständig: „Diese wird natürlich um so größer sein, je mehr bereits für die Prävention getan wird.“

Im nächsten Heft

- Wohin steuert das ZdK?
- 50 Jahre UN-Menschenrechtserklärung
- Wie weit trägt der Kommunitarismus?
- Österreich nach der Bundespräsidentenwahl
- Hildegard von Bingen heute
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen: Möglichkeiten und Grenzen